

# Neue internationale Positionierung

## Zur Debatte um eine neue österreichische Sicherheitsdoktrin

Verteidigungsminister

Norbert Darabos hat eine grundsätzliche Debatte über eine neue Sicherheitsdoktrin Österreichs angestoßen. Die derzeit geltende stammt aus dem Jahr 2001 und wurde damals mit der knappen parlamentarischen Mehrheit der ÖVP und der FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der Grünen beschlossen. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich die internationale Sicherheitslage ganz wesentlich verändert. Aber auch die Situation in Österreich ist eine andere, sodass es tatsächlich notwendig erscheint, eine neue Sicherheitsdoktrin zu formulieren.


**B**ei der Entstehung der neuen Doktrin will man aber aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und eine möglichst breite und umfassende öffentliche Debatte führen, in der nicht nur eine Neuausrichtung der militärischen Landesverteidigung (vielen erscheint dieser Begriff aus der Vergangenheit überhaupt nicht mehr angemessen und) vorgenommen werden soll, sondern auch die Positionierung Österreichs in der Europäischen Union sowie der Internationalen Staatengemeinschaft neu definiert werden soll.

INTERNATIONAL hat prominente österreichische Experten am 10. Juni 2010 zu einer Podiumsdiskussion geladen, um einen konkreten Beitrag zu der nötigen öffentlichen Diskussion zu leisten. Das Institut für Internationale Politik, die Politische Akademie der ÖVP und das Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik konnten als Mitveranstalter ge-

wonnen werden. Unter der Leitung des INTERNATIONAL-Herausgebers Fritz Edlinger diskutierten folgende Persönlichkeiten: **Dr. Werner Fasslabend, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner, MEP Mag.<sup>a</sup> Ulrike Lunacek und Generalmajor Mag. Johann Pucher.**

In der Folgende geben wir geringfügig gekürzte und bearbeitete Fassungen Einleitungsstatements wieder.

Darüber freuen wir uns, im Anschluss an den Bericht über die Podiumsdiskussion auch ein kurzes aktuelles Exklusiv-Interview mit Verteidigungsminister Norbert Darabos veröffentlichten zu können.

In diesem Zusammenhang sei auch auf einen ausführlichen Bericht über die Veranstaltung auf unserer Webseite hingewiesen, der auch eine Zusammenfassung der Diskussion beinhaltet: [www.international.or.at](http://www.international.or.at). 



Bilder: Fatih Özberk

# »Wir haben vor allem eine starke Europäisierung der internationalen Sicherheitspolitik«

Von **Werner Fasslabend**

**A**ls früherer Verteidigungsminister kann ich auf eine Menge an eigenen Erfahrungen zurückgreifen, die durchaus auch für die gegenwärtige Debatte nützlich sind. Ich kann mich erinnern, dass ich bereits in meinem ersten Interview als Minister als eines meiner wichtigsten Vorhaben die Ausarbeitung einer neuen Sicherheitsdoktrin angekündigt habe. Das habe ich damals nicht geschafft, wofür es mehre Gründe gab. Zum einen war es ungeheuer schwer, dieses Vorhaben unter den Bedingungen einer Großen Koalition zu realisieren.

Ich kann mich noch gut an stundenlange Diskussion mit meinem damaligen Gesprächspartner, dem damaligen SPÖ-Klubobmann Peter Kostelka über Terrorismus erinnern. Es schätzte damals das Ausmaß der Gefährdung der internationalen Sicherheit durch Terrorismus völlig anders ein als ich. Zusätzlich bin ich damals auch zur Überzeugung gekommen, dass man in einer Transformationszeit nicht zu frühzeitig Festlegungen treffen sollte, die dann relativ bald wieder überholt sein werden. Eine Sicherheitsdoktrin in heutiger Zeit soll vor allem offen sein für zukünftige Entwicklungen. Insofern wird eine Sicherheitsdoktrin im 21. Jahrhundert doch wesentlich anders sein müssen als jene des 20. Jahrhunderts. Ich persönlich halte eine neue Doktrin nicht für unbedingt nötig, sehe aber durchaus manche Gründe, die wiederum dafür sprechen. Eine besondere Priorität kann ich allerdings nicht erkennen.


Natürlich hat sich seit Beginn dieses Jahrzehnts eine Menge geändert. Nur um wenige Schlagworte zu nennen: Terrorismus (ich verwende ungern diesen Ausdruck, eigentlich sollte man von asymmetrischer Bedrohung sprechen) ist auch für Europa relevant; Cyber-Bedrohungen (darauf sind wir absolut nicht vorbereitet; auch nicht die USA; hier sind ganz massive Anstrengungen nötig); auch das Problem der failed states hat sich zu einem gewichtigen internationalen Problem entwickelt. Dazu kommen noch weitere Bedrohungen aus den Bereichen der Energie und des Verkehrs. Alles zusammen ergibt es also doch eine Anzahl von sicherheitsrelevanten Fragen, die sich heute anders darstellen als noch vor zehn Jahren.

Im politischen Bereich, im Organisationsbereich gibt es ebenfalls eine Reihe von neuen Herausforderungen. Hier möchte ich vor allem die EU-Erweiterung 2004 um zehn Staaten nennen, von denen einige durchaus sicherheitsrelevante Fragen aufwerfen können. Dadurch wird sich die Frage der Solidarität und der Beistandsverpflichtung doch anders stellen als noch vor zehn Jahren. Mit dem Beitritt der Baltischen Staaten und von Kleinststaaten wie Zypern und Malta ist diese Situation anders zu bewerten. Zusätzlich ist noch durch den Lissabonner Vertrag durch die Solidaritäts- bzw. Beistandsklausel eine andere rechtliche Grundlage geschaffen worden. Damit werden wir uns auseinandersetzen

müssen, denn nach meinem Verständnis dieser Beistandsklausel ist diese eine selbstverständliche. Sie bietet zwar die Möglichkeit eines sogenannten »opting out«, es erscheint mir aber völlig unvorstellbar, dass im Falle eines Angriffes auf ein EU-Mitglied von Außen nicht alle anderen EU-Mitglieder automatisch diesen Beistand auch tatsächlich leisten. Das ist politisch völlig unmöglich und ausgeschlossen. Das sollte man meiner Meinung auch ganz klar aussprechen, denn das Bewusstsein darüber ist in der Öffentlichkeit nicht ganz klar.

Das sind die wichtigsten Punkte, die ich sehe. Das Ganze wird natürlich noch interessanter durch die neue NATO-Strategie. In diesem Zusammenhang erscheint es mir erwähnenswert, dass aus dem Kreis der europäischen Neutralen heute Länder wie Schweden und Finnland mehr zur NATO tendieren, während vor einigen Jahren Österreich hier noch mehr Interesse gezeigt hat. Insgesamt ist es zu erwarten, dass es sowohl von der EU als auch von anderen Sicherheitsdienstleistern, z.B. auch von der NATO im Rahmen von »Partnerschaft für den Frieden«, mehr gemeinsame Standards geben wird und auch mehr Leistungen von den einzelnen Staaten eingefordert werden.

Damit möchte ich schon zum Schluss kommen: Man kann zweifellos sagen, dass derzeit nicht nur eine starke Internationalisierung sondern vor allem auch eine starke Europäisierung der internationalen Sicherheitspolitik stattfindet und diese wird sich angesichts der budgetären Nöte, die es heute überall gibt, noch ungemein beschleunigen. Dinge wie »sharing« und »pooling« werden zum täglichen Brot der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehören. Und das heißt vor allem auch für kleinere und mittlere Staaten, dass man Aufgaben, die man bislang alleine bewerkstelligen konnte, nun mehr auf die europäische Ebene heben wird müssen. Und das zweite, was wir sehen müssen, ist die Tatsache, dass die Globalisierung in den letzten zehn Jahren einen ungeheuren Fortschritt genommen hat, und dass daher auch die Sicherheitsfragen viel globaler gesehen werden müssen als vorher. Wir werden daher eine noch stärkere Internationalisierung benötigen und die Reichweite unserer eigenen Sicherheitsmaßnahmen wird eine größere sein müssen.

Auf jeden Fall wird es spannend werden, wir werden klar Prioritäten setzen müssen und auch die Probleme ganz offen ansprechen und gute Lösungen anbieten. Dies nicht, um jemanden einen Gefallen zu tun, sondern weil es um unsere Sicherheit geht. Und diese ist nur mehr international zu gewährleisten. 

---

*BM a. D. Abg. z. NR Dr. Werner Fasslabend ist seit 2004 Präsident der Politischen Akademie sowie Präsident des Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik (ÖIES).*

*E-Mail: w.fasslabend@modernpolitics.at*

# »Es gibt für Österreich keine Sicherheit, wenn Europa nicht sicher ist«

Von **Friedhelm Frischenschlager**

**B**ei der Reihenfolge der Redner trifft es sich gut, dass zwei ehemalige Verteidigungsminister unmittelbar hintereinander zu sprechen kommen. Ich übte dieses Amt bekanntlich vor Werner Fasslabend aus, zu einer Zeit, als der sicherheitspolitische Rahmen völlig klar war: Immerwährende Neutralität und das darauf basierende logische politische und militärische Konzept: Abhaltestrategie zwecks Heraushalten Österreichs im Falle eines Ost-West-Konfliktes mit Raumverteidigung und Milizsystem. Sie erinnern sich vielleicht noch an das BH-«Igel»-Symbol. Die konsequente militärische Verwirklichung war das Problem, nicht das Konzept. Ganz anders der sicherheitspolitische Rahmen für den Verteidigungsminister der 90er-Jahre, Werner Fasslabend, nach Ende des »Kalten Krieges« und Österreichs EU-Beitritt. Die heutige sicherheitspolitische Debatte scheint mir aber noch viel zu sehr unter dem Einfluss der nach 1989 nicht mehr sinnvollen Denkweisen zu stehen. Weiters habe ich den Eindruck, dass die Bereitschaft, über die heutigen sicherheitspolitischen Gegebenheiten und Erfordernisse offen zu reden, sehr gering ist. Ich hoffe daher, dass die aufkommende Debatte um die Sicherheitsdoktrin doch zu einer ehrlicheren, offeneren, vor allem öffentlichen Auseinandersetzung führen wird.

Das Typische der österreichischen sicherheitspolitischen Debatte besteht ja in seiner gespaltenen Realität. Auch beim jüngsten 50-Jahr-Jubiläum der Offiziersgesellschaft kam dies deutlich zum Ausdruck, wo noch immer viel zu dominant über »Landesverteidigung«, die verdienstvollen UN-»Peace Keeping«-Beiträge, aber wenig über die europäische Dimension unserer Sicherheitspolitik gesprochen wurde. Trotz des Faktums des EU-Beitritts, GASP und ihre Weiterentwicklung



durch den Lissabonner Vertrag. Die gewohnten Prinzipien der Vergangenheit wirken noch immer nach.

Und noch etwas sollten wir nicht vergessen, es wurde bei jenem Anlass auch von Bundespräsident Heinz Fischer betont: Die derzeit geltende Sicherheitsdoktrin 2001 wurde seinerzeit im Parlament nur mit knapper ÖVP/FPÖ-Mehrheit beschlossen, eine große politische Schwäche. Verteidigungsminister Darabos betonte, ihm ginge es darum, die dort enthaltene NATO-Option zu neutralisieren. Die NATO-Frage ist aber nicht das Entscheidende. Ich hielte es jedoch für eine vertane Chance, wenn die Diskussion auf eine Reise nach rückwärts hinausliefe. Aus meiner Sicht hat sich die globale Sicherheitslage gegenüber 2001, 2002 nicht grundsätzlich geändert, wenn auch viele denkwürdige Ereignisse in der Zwischenzeit stattfanden (Irak, Afghanistan, 11. September ...). Die geltende Doktrin ist teilweise recht falsch formuliert, passte aber wenigstens die Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin den völlig geänderten politischen Gegebenheiten nach 1989 an.

Ich möchte nochmals auf das Auseinanderklaffen zwischen den politisch-rechtlichen Grundlagen und dem politisch-öffentlichen Bewusstsein in Österreich – meines Erachtens unser Hauptproblem – zurückkommen. Österreich hat sich aus einer neutralen Situation kommend sehr konsequent in die gemeinsame EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingefügt. Wenn man sich in Erinnerung ruft: EU-Beitritt auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages 1992 mit der dort vereinbarten GASP, ohne Neutralitätsvorbehalt; der nächste Schritt, Amsterdam-Vertrag 1997 mit den Petersberger Aufgaben (»Peace Making«), wurde nicht nur akzeptiert und ratifiziert, sondern Österreich hat diese Instrumente 1998 in die Verfassung aufgenommen (B-VG Art. 23 f). Mit der Bereitschaft, an gemeinsamen friedensschaffenden militärischen Aktionen der EU teilzunehmen, wurde die Grenze zur traditionellen Neutralität und zu den darauf basierenden österreichischen Sicherheitskonzepten endgültig überschritten. Ich frage mich nur, wer weiß dies, und wenn ja, sind unsere PolitikerInnen und vor allem unsere MitbürgerInnen sich dessen bewusst und auch in Krisenzeiten bereit entsprechend zu handeln? Das ist die offene Frage.


Ich sehe zwar für die Gegenwart hierbei keine großen Probleme. EU-Verträge weisen vielfach einen ausgesprochen programmatischen Charakter auf, die Praxis zieht viel langsamer nach. Man verfolge die seit Maastricht fast zwei Jahrzehnte andauernde Entwicklung der GASP, über Amsterdam, über die ab 2003 einsetzenden EU-Militär- und Zivilmissionen bis zum Lissabonner Vertrag. Die militärischen Strukturen, z.B. die »Battle Groups« usw., sind bis heute noch nicht weit gediehen, militärische Einsätze ernsterer Natur Gottlob auch nicht besonders aktuell. Aber für Österreich besteht für die Zukunft die Gefahr einer politischen Krise auf EU- und vor allem innenpolitischer Ebene: Wenn im Zuge einer ernststen Konfliktsituation Österreichs Beitrag eingefordert würde und wir erst dann, also zum

Zeitpunkt einer ernststen Herausforderung der EU Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eine Grundsatzdebatte beginnen, ob wir teilnehmen können, wollen, dürfen. Und deshalb sollten wir in relativ ruhigen Zeiten diese Diskussion führen und zu einem Ergebnis kommen. Dazu ist die Debatte um die Sicherheitsdoktrin (ein verbesserungsfähiger Ausdruck) bestens geeignet.

Das eigentliche Problem sehe ich in der historisch geprägten Zurückhaltung in Österreich, den grundsätzlichen Schritt der Weiterentwicklung von einer einzelstaatlichen zu einer europäisch-solidarischen Sicherheitspolitik zu gehen. Das hängt natürlich mit der Geschichte der Neutralität zusammen. Aber der entscheidende Punkt wird sein, ob die österreichische Politik und Öffentlichkeit zu dem meiner Meinung nach einzig logischen Ergebnis kommt: Sicherheitspolitik ist eine nahezu globale Systemfrage, viel mehr als noch vor 50, 60 Jahren – jede internationale Krise irgendwo, jeder Konflikt fällt letztlich auch auf jeden einzelnen Staat dieser Welt zurück. Daraus leiten sich ja der unabdingbare Bedarf an kollektiven, solidarischen Maßnahmen sowie der sicherheitspolitische Mehrwert für alle ab. Die europäische Sicherheitspolitik, inklusive der militärischen Komponente, beruht auf einer gemeinsamen, verpflichtenden Wertebasis. Sie betont überdies neben der militärischen die präventive, die zivile Komponente, eine Weiterentwicklung durch den Lissabonner Vertrag. Das Ziel einer gemeinsamer Sicherheitspolitik und eines gebündelten Krisenmanagements der EU stellt einen so entscheidenden

Fortschritt für die Sicherheit aller EU-Mitgliedstaaten, aber auch für die globale Ebene dar, dass dessen Realisierung auch für Österreich trotz seiner einzelstaatlichen, Neutralitäts-bezogenen sicherheitspolitischen Tradition zur bewusst gewählten und unterstützten Priorität werden sollte.

Österreich hat sich Vertrags- und Verfassungsrechtlich sehr konsequent in die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingebracht, daher sehe ich es als eine Hauptaufgabe an, erstens ihre Realisierung auf europäischer Ebene voranzutreiben und zweitens in der österreichischen Öffentlichkeit klar zu machen: Es gibt für Österreich keine Sicherheit, wenn Europa nicht sicher ist. Wir sind heute ein Teil der europäischen Sicherheit, wir profitieren davon und haben unseren Beitrag zu leisten. Die einzelstaatliche Sicherheitspolitik ist obsolet geworden, insbesondere für die kleineren EU-Mitgliedstaaten. Und es besteht die große Chance, durch eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik mit dem zivilen Instrumentarium des Krisenmanagements und nötigenfalls als ultima ratio mit militärischen Mitteln zur internationalen Friedenssicherung und Krisenprävention beizutragen.

Diesen Weg sollten wir gehen und dazu sollte die Debatte über die Sicherheitsdoktrin beitragen. 

---

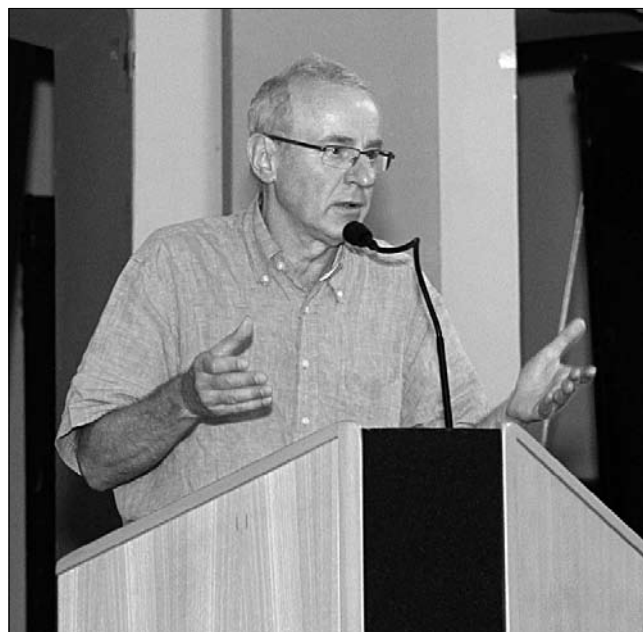
**BM a. D. Dr. Friedhelm Frischenschlager** ist Präsident der Europäischen Föderalistischen Bewegung.

E-Mail: [friedhelm.frischenschlager@chello.at](mailto:friedhelm.frischenschlager@chello.at)

---

## »Die Bedeutung von internationalem Engagement der österreichischen Sicherheitskräfte für Österreich«

Von **Heinz Gärtner**




**D**as globale Sicherheitsumfeld hat sich in den letzten Jahrzehnten geändert und es verändert sich weiter. Chancen und Herausforderungen für die beteiligten staatlichen und nicht-staatlichen Akteure ändern sich mit diesem. Für das österreichische Bundesheer (ÖBH) stellt sich die Frage, wie es darauf reagiert. Eine internationale Ausrichtung, die über das österreichische Territorium, ja über das der Europäischen Union hinausgeht, scheint unerlässlich. Einige Gründe dafür sind:

- *Partnerschaft statt Polarisierung:* Eine militärische Polarisierung der Weltpolitik in feindliche Blöcke ist nicht abzusehen. In vielen Bereichen zeichnet sich partnerschaftliches Verhalten ab. Rivalitäten zwischen großen Staaten werden voraussichtlich nicht gewaltsame Formen annehmen. Europa und damit Österreich sind nicht durch eine Invasion gefährdet. Feinde und Gegner im traditionellen Sinn sind nicht auszumachen.
- *Globale und regionale Gefährdungen:* Es wäre jedoch grundlegend falsch zu sagen, dass es in der Welt keine Gefährdungen gäbe. In einer sich immer mehr globalisierenden Welt gibt es keine großen Themen, die nicht auch kleine Staa-

ten betreffen, und kaum regionale Krisen, die nicht globale Auswirkungen haben können. Klimaveränderung, nukleare Proliferation, Terrorismus, demographische Veränderungen, illegaler Waffenhandel, Armut und Pandemien sind globale Phänomene mit potentiellen Auswirkungen auf alle Staaten der Welt. Die regionalen Krisen im Nahen Osten, in Afghanistan, auf der koreanischen Halbinsel, am Persischen Golf und im Iran haben eine globale Dimension. Dazu kommen die humanitären, politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen von fragilen und funktionsgestörten Staaten in Afrika.

- **Internationale Solidarität:** Wenn sich Europa nicht entscheidend an der Lösung dieser und anderer Probleme beteiligt, wird Europa an Bedeutung verlieren. Dabei geht es vorrangig um multilaterale Diplomatie aber auch um proportionale Beteiligung von zivilen und militärischen Beiträgen. Im Rahmen der Europäischen Union sind Solidaritätsleistungen im Lissabonner Vertrag (Art. 222) im Falle von Naturkatastrophen- oder solchen von Menschen verursachten vorgesehen. Diese Solidaritätsklausel greift aber zu kurz, weil sie auf Mitgliedstaaten beschränkt ist, obwohl Hinweise auf globale Solidarität (Art. 2. 5) im Vertrag zu finden sind. Aber auch Österreich kann sich nicht verschließen, zur Lösung von regionalen und globalen Problemen beizutragen. Österreich kann sich dabei nicht mehr nur von Interessen, sei es von eigenen oder auch von europäischen, leiten lassen. Selbstverständlich haben viele der neuen Herausforderungen auch direkte Auswirkungen auf Europa und Österreich (wie Klimaveränderung, Demographie, organisierte Kriminalität, auch Proliferation und Terrorismus). Dennoch können Fehlentwicklungen in anderen Teilen der Welt auch indirekt negative globale Konsequenzen haben. Der Genozid in Ruanda 1994 erschütterte das gesamte UN-System und war ein Grund für die »Internationale Kommission über Intervention und staatliche Souveränität«, den Bericht »The Responsibility to Protect« zu verfassen. Der Bericht erinnert die Staaten und die Vereinten Nationen an ihre Verantwortung, Genozid und schweren Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.
- **Menschliche Sicherheit:** Deshalb muss die EU und Österreich insbesondere für den Schutz und die Sicherheit des einzelnen Individuums eintreten. Das Konzept der »human security« bedeutet sowohl Schutz vor existentiellen Bedrohungen wie Hunger, Epidemien und Unterdrückung wie auch Schutz vor plötzlichen und schmerzlichen physischen und psychischen Einbrüchen in das tägliche Leben – sei es hinsichtlich Wohnen, Arbeit oder Gemeinschaft. Beim Konzept der »human security« kommt den österreichischen Streitkräften eine besondere Bedeutung zu. Die Aufgaben für solche Kräfte liegen in den Bereichen der Konfliktprävention, der Friedenserhaltung, der Katastrophenhilfe und des Wiederaufbaus von Nachkriegs- und funktionsgestörten Gesellschaften. Diese sind auch in den Petersbergaufgaben der EU enthalten.
- **Qualifiziertes internationales Profil und komparativer Vorteil:** Kein Staat mittlerer oder kleinerer Größe kann alle diese Aufgaben alleine und in allen Dimensionen ausfüllen. Österreich muss sich darauf konzentrieren, hochqualifizierte Einheiten mit Spezialfähigkeiten bereit zu stellen. Das hängt von der Geschichte, der Tradition, dem kulturellen Hintergrund, der Ausbildung und der Motivation des ÖBH und seinem Personal ab. Will Österreich nicht zu einem reinen Anhängsel der großen Drei in der EU – Großbritannien, Frankreich, Deutschland – werden, muss es sein Profil schärfen und auch nach außen vermitteln. Der komparative Vorteil, den Öster-

reich in Europa und der Welt etwa bei friedenserhaltenden Operationen genießt, sollte nicht verloren gehen.

- **Qualifiziertes und spezialisiertes Personal:** Selbstverständlich ist dafür modernes und den Aufgaben entsprechendes Gerät notwendig. Bedarf besteht etwa für ausreichende Transportfähigkeit über größere Strecken, bei spezifischen modernen Führungs-, Kommunikations- und Aufklärungssystemen und bei Hubschraubern. Das Wichtigste sind aber bestens ausgebildete SoldatInnen und hoch qualifizierte SpezialistInnen. Insbesondere sind spezielle Fähigkeiten zum Zweck der Konfliktprävention und Nachsorge sowie der »post conflict rehabilitation« and »reconstruction« erforderlich. Das sind etwa Pionier-, Such- und Rettungskräfte, Sanität und spezialisierte Infanteriekräfte. Das schließt zivile Qualifikationen, wie Sprachkenntnisse, juristische und medizinische Ausbildung, diplomatische und handwerkliche Fähigkeiten mit ein. Die österreichische Beteiligung an den »Battle Groups« und der »ständig strukturierten Zusammenarbeit« in der GSVP wären nach diesen Qualifikationen auszurichten.
- **Engagierte Neutralität:** Die österreichische Neutralität kann nicht ein »Sichheraushalten« bedeuten, sondern verlangt eine intensive Beteiligung am internationalen Krisenmanagement. Österreich hat den Vorteil, dass es keine globalen geopolitischen Interessen und keine engen Bündnisverpflichtungen hat. Österreich muss die Vorteile und Möglichkeiten, die sich aus der Neutralität ergeben, ausnützen. Der Status der Neutralität an sich bedeutet schon, dass Österreich in Konflikten eine nicht von vornherein feindselige Haltung einnimmt.
- **Keine enge geographische Ausrichtung:** Eine zu enge geographische und regionale Ausrichtung sollte Österreich vermeiden. Regionale Krisen kann man sich nicht aussuchen und auch globale Entwicklungen wie Umweltkatastrophen, Armut, Terrorismus, nukleare Proliferation sind nicht auf bestimmte Regionen beschränkt. Allerdings sollte nach Möglichkeit ausreichend Zeit für die Einsatzkräfte zur Verfügung stehen, sich auf neue Missionen vorzubereiten (etwa sechs Monate).
- **Eine geeignete zivil-militärische Mischung:** Für Einsätze in durch Natureinwirkung oder Menschenhand entstandenen Krisengebieten empfiehlt es sich, gut eingespielte, gemeinsam trainierte »Standby«-Einsatzkräfte mit militärischen und zivilen Komponenten bereit zu halten. Internationale Erfahrung zeigen, dass für Beratungs- und Unterstützungstätigkeiten im Bereich Konfliktprävention und Krisennachsorge sowie zum Aufbau funktionsfähiger staatlicher Strukturen eine Mischung sinnvoll ist, die aus mindestens einem Drittel zivilen und zwei Dritteln militärischen Experten besteht. Derzeit gibt es international leider erst ein Verhältnis von 10 zu 90.
- **Eine geeignete Geschlechtermischung:** Ebenso ist je nach Möglichkeit und Qualifikation eine Beteiligung von mindestens 30 Prozent Frauen anzustreben. Internationale Untersuchungen haben ergeben, dass sich die Kommunikationsstrukturen in größeren Betrieben ab diesem Verhältnis um ein Vielfaches verbessern. Gerade bei internationalen Einsätzen bringen Frauen dringend benötigte berufliche und kommunikative Fähigkeiten mit. 

*Univ.-Prof. Dr. Heinz Gärtner ist Sicherheitsexperte des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (oiip) und Redaktionsmitglied von INTERNATIONAL.*

E-Mail: [heinz.gaertner@oiip.at](mailto:heinz.gaertner@oiip.at)

# »Sicherheit hat auch etwas mit internationaler Solidarität zu tun«

Von **Ulrike Lunacek**



In meiner Arbeit als Europaabgeordnete im Außenpolitischen- und im Verteidigungsausschuss des Europaparlaments sowie als Berichterstatteerin für den Kosovo habe ich sehr viel mit Sicherheitspolitik zu tun. Für mich stellt sich da immer wieder die Frage, was macht denn Österreich dabei und bringt sich Österreich auch tatsächlich so ein, wie ich mir das wünsche. Da kann ich unmittelbar an Heinz Gärtner anschließen, der gerade ein Plädoyer für eine aktive Neutralitätspolitik gehalten hat. Das bedeutet nicht, sich herauszuhalten, wie das manche fälschlicherweise unter Neutralität verstehen. Das bedeutet vielmehr, dass sich Österreich dort engagiert, wo wir etwas Sinnvolles zur Krisenbewältigung anzubieten haben. Dabei ist vor allem die Tatsache von Vorteil, dass wir keinerlei geopolitische Interessen haben.

Die Frage des heutigen Abends lautet: Braucht Österreich eine neue Sicherheitsdoktrin? Ich sage Ja – aus mehreren Gründen: Die internationale Sicherheitssituation ist heute eine völlig andere als in früheren Jahren. Es besteht keine Bedrohung mehr, dass Österreich oder ein anderes Land der Europäischen Union militärisch angegriffen werden. Das räumt selbst die NATO in ihren neuen strategischen Überlegungen ein. Das Dilemma der NATO ist allerdings, dass sie ihre Hauptaufgabe nach wie vor in der Verteidigung des Bündnisses im Falle eines Angriffes von außen definiert.

Für mich, die ich aus der Entwicklungs- und Frauenpolitik sowie der Friedensbewegung komme, ist der Begriff der Sicherheit weitaus umfassender. Sicherheit hat in diesem Sinne auch mit internationaler Solidarität zu tun. Wir in Österreich und natürlich auch die Europäische Union sind mitverantwortlich für Frieden und Sicherheit außerhalb der Grenzen Europas. Es liegt in unserem eigenen Interesse, dafür zu sorgen, dass menschliche Sicherheit umfassend und weltweit gestärkt

wird. Dazu gehört vor allem, die globale Armutsbekämpfung. Insofern ist in diesem Zusammenhang die Erfüllung der Millenniumsziele eine zentrale Aufgabe. Gerade auf diesem Gebiet hinkt Österreich aber massiv hinter den eigenen Zielvorgaben hinterher. Das EU-Barcelona-Ziel aus dem Jahr 2002 schreibt vor, dass Österreich bis zum Jahr 2010 0,51 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufwendet. Heute sind wir davon weiter entfernt als je zuvor! Ein schweres Versagen. Denn diese Solidarität ist für mich essentieller Teil einer aktiven und engagierten Außen- und Neutralitätspolitik.


Terrorismus, gescheiterte Staaten etc. sind massive Sicherheitsbedrohungen, die in der Gestaltung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik eine bedeutende Rolle spielen. Im österreichischen Kontext sind sie für mich aber keine erst-rangigen Probleme. Und sie sind nicht der Grund dafür, warum wir in Österreich eine neue Sicherheitsdoktrin brauchen. Vielmehr geht es darum, jene umfassenden Fragen anzusprechen, die bislang kaum berücksichtigt wurden: Energiefragen, Klimawandel, Armutsbekämpfung national wie international ... – alles massive globale Herausforderungen, die uns auf den Kopf fallen, wenn wir ihn in den Sand stecken und keine entsprechenden Antworten darauf geben.

Meines Erachtens geht es bei der Diskussion um eine neue Sicherheitsdoktrin für Österreich also darum, Sicherheit neu und umfassender als bisher zu definieren. Wir müssen weggehen von überholten Bedrohungsszenarien, und uns den neuen Sicherheitsrisiken zuwenden. Dabei müssen wir uns vor allem mehr um den zivilen Bereich kümmern. Der Lisbon-Vertrag bietet dafür eine gute Grundlage. In Artikel 3 wird der Konfliktprävention der gleiche Stellenwert wie der militärischen Komponente zugeschrieben. Das ist erst- und einmalig, das gibt es bislang in keiner nationalen Verfassung. Deshalb haben wir Grüne auf europäischer Ebene wie auch für Österreich (nach dem Beispiel von Rot-Grün in Deutschland) schon mehrmals die Einrichtung eines Zivilen Friedensdienstes gefordert. Diese stärkere Betonung des zivilen Bereiches sollte auch Österreich interessieren. In den letzten Jahren hat Österreich bei internationalen Friedensmissionen 272 Soldaten aber nur 42 Zivilisten eingesetzt.



Der Schwerpunkt der österreichischen Auslandseinsätze sollte, um den modernen Herausforderungen gerecht zu werden, stärker in den zivilen Bereich verlagert werden. Im Rahmen der Schaffung des neuen Europäischen Auswärtigen Dienstes geht es unter anderem auch darum, eine stärkere Komponente Krisenprävention, Krisenmanagement und Peace Building einzubauen. Uns Grünen ist gemeinsam mit anderen in den bisherigen Verhandlungen (die zum Zeitpunkt der Debatte noch nicht finalisiert waren) die Einrichtung einer eigenen Abteilung dafür im Rahmen des neuen Dienstes gelungen. In diesem Zusammenhang ist es interessant festzustellen, dass in den letzten Jahren bei den Militärausgaben der EU-Staaten doch eine deutliche Reduktion bei den Rüstungsausgaben stattgefunden hat: von 1,8 Prozent des BIP im Jahr 1999 auf 1,4 Prozent 2009. Ausnahme Griechenland,

wo eine teure Aufrüstungspolitik einen massiven Anteil am Wirtschaftsversagen hat.

Die ansonsten einsetzende Abrüstungspolitik ist für mich jedoch eine sehr positive Entwicklung, da weniger Mittel für den militärischen Bereich aufgewendet werden. Meine Hauptforderung ist eine Umschichtung der Gelder ins zivile Krisenmanagement! Zusammenfassend trete ich also für eine Neufassung der österreichischen Sicherheitsdoktrin ein und spreche mich dabei für eine klare Prioritätensetzung im Bereich der Krisenprävention und des zivilen Krisenmanagements aus. 

---

*Mag.<sup>a</sup> Ulrike Lunacek ist Abgeordnete zum Europaparlament, Europaspescherin der Grünen und Co-Vorsitzende der Europäischen Grünpartei (European Green Party, EGP).*

*E-Mail: [ulrike.lunacek@gruene.at](mailto:ulrike.lunacek@gruene.at)*

---

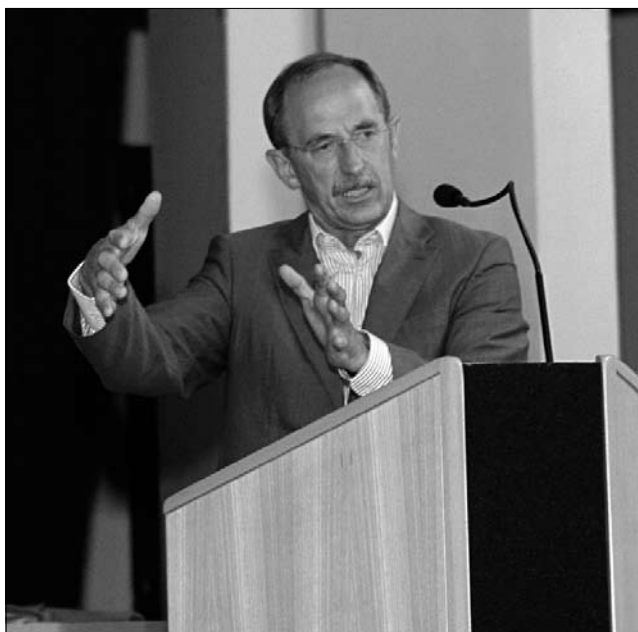
## »Österreich muss ein schärferes sicherheitspolitisches Profil entwickeln«

Von **Johann Pucher**

**S**ehr geehrte Damen und Herren, zunächst eine Feststellung: Ich vertrete hier nicht die offizielle Meinung des BMLVS sondern jene der Direktion für Sicherheitspolitik. Vielleicht ist es noch nicht die offizielle Meinung des BMLVS. Es ist erfreulich, dass nicht nur BM Darabos der Meinung ist, dass wir eine neue Sicherheitsdoktrin brauchen sondern auch der Außenminister und der Bundespräsident. Ich hoffe, dass daraus ein Momentum entsteht und dass diese Veranstaltung ebenfalls dazu beiträgt. Sicherheitspolitik ist zu wichtig, um sie einer überschaubaren Gruppe aus der Elite

zu überlassen. Im Gegensatz zu Minister Fasslabend bin ich allerdings der Meinung, dass es höchst an der Zeit ist. Nicht nur allein deshalb, weil die meisten europäischen Staaten ihre verteidigungs- und sicherheitspolitischen Grundlagendokumente bereits angepasst haben bzw. gerade dabei sind, dies zu tun. Man möge sich die Ergebnisse dieser Debatten in den Niederlanden und Dänemark, zwei mit Österreich durchaus vergleichbaren Staaten, ansehen. Aber Österreich ist wieder einmal anders. Jemand hat mir erst vor kurzem gesagt, dass in Österreich auf sicherheitspolitischen und außenpolitischen Fortschritt zu warten, Warten auf Godot bedeute.

Versetzen Sie sich angesichts dieser Situation in die Lage des Generalstabschefs oder der oberen Planer des Verteidigungsministeriums. Wir haben in den nächsten Jahren massive finanzielle Kürzungen und das Bundesheer wird daher weiter verändert und angepasst werden. Auf welcher Basis? Woran soll man sich orientieren? Soll BM Darabos sich an den Grundlagen einer schwarz-blauen Regierung orientieren, bei deren Beschlussfassung die SPÖ nicht mitgegangen ist. Soll er sich an den Bundesheerreformkommissionsempfehlungen orientieren, die mangels Finanzen so nicht umsetzbar sind? Wir haben hier eine größere Problematik. Es geht um die Schaffung eines erneuerten sicherheitspolitischen Grundverständnisses. Wir hatten gerade auf diesem Gebiet eine jahrelange sicherheitspolitische Diskussionsverweigerung, wir haben immer noch eine Menge an traditionellem Denken und eine ernüchternde Gestaltungsschwäche. Ausruhen auf den Lorbeeren der Vergangenheit wird nicht ausreichen. Die immer wieder kehrenden Hinweise auf unsere UNO-Einsätze sind zwar schön für die Boulevard-Presse und für unser Selbstbewusstsein, aber international ist das Vergan-




genheit. Die positiven Punkte sollen nicht verschwiegen werden: der Tschad-Einsatz oder zuletzt die UN-Resolution 1894 »Protection of civilians«, unser Balkanengagement. Auch im Regierungsprogramm sind einige zukunftsweisende Punkte enthalten, die jedoch noch der Umsetzung harren.

Wieso nun die Notwendigkeit zur Veränderung? Wir haben völlig neue geopolitische Konstellationen, eine geänderte sicherheitspolitische Lage in Österreich, die Erweiterung der EU und der NATO. Wir haben ein dynamisches Konfliktspektrum, die geografische Entfernung spielt im Gegensatz zu 2001 keine Rolle mehr, Afrika war damals noch überhaupt kein Thema, neue Regionen neben dem Balkan wie der Kaukasus, Schwarzes Meer, Zentralasien treten in den Vordergrund. Weitere Probleme wie Migrationsdruck, cyber war und Klimawandel wurden bereits erwähnt. Eine Sicherheitsdoktrin soll ja vorausschauend angelegt sein und länger als eine Legislaturperiode Bestand haben. Ich hoffe also, dass es uns gelingen wird, hier etwas auf die Beine zu stellen. Wir müssen antizipieren – was kommt auf uns zu? Die EU-Erweiterung wird weiter gehen, die Rolle der EU als global player ist noch unklar. Der Lissabon-Vertrag ist nun eine bessere Basis. Es liegt in Österreichs Interesse, dass die EU auch wirklich geschlossen und stark agieren kann. Damit stellt sich die Frage, welchen Beitrag wir als Österreicher leisten sollen, auch das Militär. Für die österreichischen Sicherheits- und Außenpolitik geht es somit vor allem darum, wie wir uns aufstellen und in diesen dynamischen Prozess einbringen.

Die Schwächen der derzeitigen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin sind kurz zusammengefasst folgende: 1. Sie wurde nur von der Regierung getragen. Das war eine große Schwäche und man sollte versuchen, dies nun zu überwinden. 2. Sie ist zu militärlastig und weitgehend vom Denken der späten 90er Jahre geprägt. 3. Sie beinhaltet zu wenig zivil-militärische Kooperationsaspekte. 4. Zu wenig gesamtstaatlicher Einsatz. 5. Zu wenig human security. 6. Keine Aussagen zu Koordinierungs- und Steuerungsstrukturen.

Für mich stellen sich ein paar Grundfragen, die man auf der politischen Ebene klären sollte, bevor man sich an die Textierung macht: Was ist der Zweck dieser Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin? Welche Art von Konzept, mit welchem

Auflösungsgrad und für welche Zielgruppe soll das sein? Generell sollte man eine Balance zwischen einem politischen Dokument und einer hinlänglich konkreten Grundlage für eine operative Entwicklung der gesamtstaatlichen Sicherheitsinstrumente finden. Stimmt die Bezeichnung Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin überhaupt noch, oder soll es eine Sicherheitsdoktrin sein? Verteidigungsdoktrin bedeutet immer noch Denken in den Kategorien der Abwehr einer militärisch-konventionellen Bedrohung von außen, Ausblenden von Prävention und reaktives staatliches Verhalten. Die meisten europäischen Staaten verfolgen den Ansatz einer gesamtstaatlichen, interessenbasierten Sicherheitspolitik.

Was erwarte ich mir? Ich erwarte mir eine offene Diskussion, die über die Regierung hinausgeht und bei der wir ein Ergebnis erzielen, welches eine Zukunftsperspektive umfasst. Wir brauchen eine umfangreiche Analyse der Umweltsituation. Österreich sollte deutlicher als bisher sagen, was seine Interessen sind. Was sind unsere Prioritätsregionen und Prioritätsthemen? Und dann sind auch Aussagen über die zivil-militärische Zusammenarbeit nötig. Es ist eine Schande, dass die nordischen Staaten im Balkan weitaus mehr zivil-personal eingesetzt haben als wir, die wir ständig von dieser Region reden. Es gibt noch immer zu viel traditionelles militärisches Denken, zu wenig Agieren in den Kategorien der Prävention und pro-aktiven Gestaltung. Hier ist in den letzten Jahren zwischen dem Bundesheer und den NGOs einiges entwickelt worden und ich hoffe, dass dies die Politik auch stärker in ihren Konzepten berücksichtigen wird. Und zum Abschluss: wenn wir Kompetenz zeigen, dann werden wir auch international anerkannt und gehört werden. Leistung und Einsatz zählen und werden respektiert. Auf dem Balkan zählt Österreich, in anderen Regionen kaum noch. Dem muss man Rechnung tragen. Österreich muss daher ein schärferes sicherheitspolitisches Profil entwickeln. In Essenz geht es um die sicherheitspolitische Positionierung Österreichs innerhalb der Post-Lissabon-EU. 

**Generalmajor Mag. Johann Pucher** ist Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik im BMLvS

E-Mail: [johann.pucher@gmx.net](mailto:johann.pucher@gmx.net)



# Für eine Neupositionierung

## Interview mit Verteidigungsminister Norbert Darabos

**Herr Bundesminister, aus welchen Gründen schlagen Sie eine Erneuerung der Österreichischen Sicherheitsdoktrin vor?**

Die aktuelle Sicherheitsdoktrin ist sowohl politisch als auch inhaltlich nicht mehr aktuell. Die derzeit gültige, die bekanntlich im Jahr 2001 von der damaligen schwarz-blauen Koalition gegen die Stimmen der Opposition beschlossen wurde, ist eindeutig zu NATO-affin. Die neue Doktrin soll Österreich wieder auf den Boden der Neutralität führen und auch aktuelle sicherheitspolitische Bedrohungen wie Cyberkriminalität, Terrorismus und internationale Migrationsströme, aber auch die positiven Entwicklungen in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik berücksichtigen.

**Wie verläuft in diesem Zusammenhang die Diskussion mit dem Koalitionspartner?**

Im Unterschied zu den vergangenen Jahren gibt es jetzt positive Signale aus der ÖVP. Außenminister Spindelegger hat bereits deutlich erkennen lassen, dass er meinen Vorschlag unterstützt und für eine Neupositionierung eintritt. Ich habe den Außenminister bereits schriftlich zu Gesprächen über eine Änderung der Doktrin eingeladen.

**Wie schätzen Sie die Haltung der Opposition ein?**

Welche Position die Oppositionsparteien einnehmen, wird sich im Laufe der Verhandlungen zeigen. Mein erklärtes Ziel


ist es jedenfalls, einen breiten politischen Konsens in dieser Frage zu erzielen.

**Halten Sie die Österreichische Neutralität noch für zeitgemäß, welche konkreten Vorteile bietet diese für Österreich? Ist dieses Konzept durch die veränderte geopolitische Situation noch aktuell bzw. ist die Neutralität – wie dies manche Kritiker ja einwerfen – durch die verschiedensten internationalen Verträge und Vereinbarungen nicht ohnedies bereits obsolet?**

Ich bekenne mich zu hundert Prozent zur Österreichischen Neutralität. Die Neutralität ist auf jeden Fall nicht überholt und auch mit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags voll intakt. Die Solidaritätsklausel stellt für Österreich keine konkrete militärische Verpflichtung dar. Der Vertrag von Lissabon ermöglicht neutralen Staaten wie Österreich auch eigenständiges Handeln. Auslandseinsätze werden weiterhin ausschließlich auf Basis eines UNO-Mandats durchgeführt.

**Welche Bedeutung messen Sie den internationalen Friedenseinsätzen des Österreichischen Bundesheeres bei? Ist hier aus Ihrer Sicht in absehbarer Zeit an irgendwelche gravierende Änderungen (neue Einsätze, Ausweitung bestehender) zu denken?**

Soldatinnen und Soldaten des Österreichischen Bundesheeres haben sich in den letzten 50 Jahren sowohl bei friedensunterstützenden oder friedenserhaltenden Missionen als auch durch schnelle Hilfe nach Katastrophen einen hervorragenden Ruf erworben. Und sie haben damit einen ganz wertvollen Beitrag dazu geleistet, das internationale Ansehen unseres Landes noch weiter zu steigern.

Ich bekenne mich ganz klar zu diesen Friedensmissionen, wir werden sie selbstverständlich weiter führen. Einen Schwerpunkt in unserer Außen- und Sicherheitspolitik bildet dabei weiterhin der westliche Balkan. Österreich trägt eine besondere Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität in dieser Region. Daher werden wir auch unsere Friedenstruppen in Bosnien und Herzegowina um weitere rund 200 SoldatInnen erhöhen. 

**Mag. Norbert Darabos (SPÖ) ist seit Anfang 2007 Bundesminister für Landesverteidigung.**

E-Mail: [norbert.darabos@bmlvs.gv.at](mailto:norbert.darabos@bmlvs.gv.at)



Verteidigungsminister Norbert Darabos bei einem Treffen mit UN-Generalsekretär Ban Ki-moon in New York im März 2008